

***Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU******Projekt „Eigenverantwortliche Schule“***

Angesichts des nationalen und regionalen Strukturwandels hat die qualitative Weiterentwicklung von Schulen in Bremen eine hohe bildungspolitische Bedeutung. Mit der Schulgesetznovelle wurden die Schulstrukturen im Lande Bremen grundlegend verändert. Das Setzen klarer Standards, die Einführung von Abschlussarbeiten am Ende der Sekundarstufe I und die Vorbereitung des teilzentralen Abiturs, die schrittweise externe Evaluation und systematische Fortbildung waren die wesentlichen Schritte, die jetzt nach einigen Jahren erste Erfolge zeigen.

Mit dem Projekt der „Eigenverantwortlichen Schule“ soll nunmehr ein weiterer Schritt erfolgen, der die Schulen und ihre Leitungen in die Lage versetzen soll, über die Ressourcen wie Personal und Budget selbst verfügen zu können.

Erfahrungen aus europäischen Nachbarländern zeigen, dass erweiterte Handlungsmöglichkeiten die Qualität der schulischen Arbeit erhöhen können. Voraussetzung dafür sind klare Ergebnisstandards und verbindliche Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie eine Berichtspflicht der Schulen. Die Schulen müssen zu diesem Schritt aber auch befähigt werden und brauchen einen klar definierten und verlässlichen Rahmen für ihre Eigenverantwortlichkeit.

In dem von der EU geförderten Projekt „Entwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren/Kompetenzzentren (ReBiz I) 2002 bis 2005“ haben fünf berufliche Schulen aus Bremen und Bremerhaven pilothaft erarbeitet, unter welchen Bedingungen sie ihren Bildungs- und Entwicklungsauftrag als weitgehend selbstständige und eigenverantwortliche Organisationseinheiten wahrnehmen können.

Im Folgeprojekt ReBiz II von 2005 bis 2008 soll der begonnene Prozess weitergeführt und auf weitere berufliche Schulen transferiert werden. Im Jahr 2008 sollen alle beruflichen Schulen das Qualitätssicherungssystem „Qualität durch Evaluation und Entwicklung“ (Q2E) eingeführt haben. Ab Sommer 2006 sollen alle beruflichen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen mehr Eigenverantwortung übertragen bekommen.

Wir fragen den Senat:

1. Welches Ziel verfolgt der Senat mit der Strategie, den Schulen im Lande Bremen in bestimmten Bereichen eine größere Selbständigkeit und damit mehr Eigenverantwortung zu geben?
2. In welchem Zeitrahmen beabsichtigt der Senat, den Schulen im Lande Bremen in bestimmten Bereichen eine größere Selbständigkeit und damit mehr Eigenverantwortung zu geben?
3. Wie soll der Transfer der bisherigen Ergebnisse des ReBiz-Projektes an beruflichen Schulen zu anderen Schulen und zu den Kooperationspartnern konkret erfolgen?
4. Welche Rahmenbedingungen sollen künftig für die „Eigenverantwortliche Schule“ gelten, und in welchen Bereichen sollen „Eigenverantwortliche Schulen“ zukünftig welche Handlungsspielräume und Kompetenzen bei der pädagogischen Gestaltung, bei der Organisation und Verwaltung von Schule sowie bei der Einstellung, Planung, Führung und Entwicklung von Personal erhalten?

5. Welche Bereiche werden vom zukünftigen Budget, das die Schulen zur eigenverantwortlichen und flexiblen Bewirtschaftung erhalten, abgedeckt, nach welchen Kriterien bemisst sich seine Höhe, und wer entscheidet über seine Verwendung?
6. Wie sollen die Schul- und Fachaufsicht künftig unter den Bedingungen und Anforderungen einer „Eigenverantwortlichen Schule“ geregelt, ausgestaltet und gehandhabt werden, und wie soll der flächendeckende Aufbau eines schulspezifischen Qualitätssicherungssystems an den Schulen organisiert werden?
7. Wie soll die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten Schulen zur Unterstützung des Umwandlungsprozesses und zur Bewältigung der neuen Aufgaben und Funktionen sichergestellt werden?
8. Auf welche Erfahrungen und Planungen anderer Bundesländer konnte der Senat bei der bisherigen Ausgestaltung und Planung für Bremen zurückgreifen?
9. Welche Kontrakte sollen zwischen dem Senator für Bildung und Wissenschaft und den beruflichen Schulen geschlossen werden, und wie soll die Einhaltung der geplanten Ziel- und Leistungsvereinbarungen überprüft werden?
10. Welche konkreten Schritte sind zum kommenden Schuljahr 2006/2007 geplant?

Ulrike Hövelmann,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Claas Rohmeyer, Silke Allers, Bernd Ravens, Helmut Pflugradt,  
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU